

Antrag 228/I/2025**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Die Zivilgesellschaft ist die Brandmauer!**

- 1 An die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhaus:
- 2 An die Landesgruppe Berlin der SPD Berlin:
- 3 An den Landesvorstand der SPD-Berlin:
- 4 An den SPD-Parteivorstand:
- 5 An den SPD-Parteivorstand:
- 6
- 7 Die Bundestagsabstimmung am 29. Januar stellt eine Zäsur in der Geschichte der deutschen Demokratie dar.
- 8 Erstmals seit Gründung der Bundesrepublik wurde ein Bundestags-Antrag einer demokratischen Partei durch die Stimmen einer rechtsextremen Partei angenommen. Die CDU unter Friedrich Merz hat diese Mehrheit weit rechts der demokratischen Mitte in Kauf genommen, um ihren populistischen Kurs gegen Geflüchtete und Schutzsuchende durchzusetzen.
- 9
- 10 Bereits zu Jahresbeginn 2024 – nachdem die Rechercheplattform CORRECTIV die Deportationspläne der rechtsextremen AfD aufdeckte – gab es in der gesamten Bundesrepublik Demonstrationen für die grundgesetzlich verankerten, universellen Menschenrechte und das Asylrecht.
- 11
- 12 Ein Jahr später gingen insgesamt 1,5 Millionen Menschen auf die Straße, diesmal nicht gegen die menschenfeindlichen Bestrebungen der AfD, sondern gegen den Dammbruch und den Populismus der CDU und ihrer gemeinsamen Abstimmung mit Rechtsextremen. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen riefen zu eigenen Demonstrationen auf oder schlossen sich den Protesten gegen Populismus, gegen Menschenfeindlichkeit und für demokratische Werte an.
- 13
- 14 Nachdem die CDU/CSU die vorgezogene Bundestagswahl am 23. Februar 2025 trotz des zweitschlechtesten Ergebnisses der Parteigeschichte gewann, stellte die Unionsfraktion am Montag darauf eine Kleine Anfrage im Bundestag, in welcher sie mit insgesamt 551 Fragen die Finanzierung von 17 zivilgesellschaftlichen Organisationen in Frage stellte. Unter diesen Organisationen befanden sich viele, die gegen den Tabubruch der Union protestiert hatten.
- 15
- 16 Diese Anfrage ist nicht nur ein Versuch der Einschüchterung, sondern folgt einer klaren Strategie: Sie übernimmt Narrative rechtsextremer Akteure, um Stimmung gegen Organisationen zu machen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Die CDU/CSU setzt dabei bewusst auf die Diskreditierung und finanzielle Schwächung der Zivilgesellschaft, indem sie sie als parteiisch und „nicht neutral“ darstellt.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

An die Landesgruppe der SPD Berlin im Bundestag

Die Zivilgesellschaft ist die Brandmauer!

Die Bundestagsabstimmung am 29. Januar stellt eine Zäsur in der Geschichte der deutschen Demokratie dar. Erstmals seit Gründung der Bundesrepublik wurde ein Bundestags-Antrag einer demokratischen Partei durch die Stimmen einer rechtsextremen Partei angenommen. Die CDU unter Friedrich Merz hat diese Mehrheit weit rechts der demokratischen Mitte in Kauf genommen, um ihren populistischen Kurs gegen Geflüchtete und Schutzsuchende durchzusetzen.

Bereits zu Jahresbeginn 2024 – nachdem die Rechercheplattform CORRECTIV die Deportationspläne der rechtsextremen AfD aufdeckte – gab es in der gesamten Bundesrepublik Demonstrationen für die grundgesetzlich verankerten, universellen Menschenrechte und das Asylrecht. Ein Jahr später gingen insgesamt 1,5 Millionen Menschen auf die Straße, diesmal nicht gegen die menschenfeindlichen Bestrebungen der AfD, sondern gegen den Dammbruch und den Populismus der CDU und ihrer gemeinsamen Abstimmung mit Rechtsextremen. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen riefen zu eigenen Demonstrationen auf oder schlossen sich den Protesten gegen Populismus, gegen Menschenfeindlichkeit und für demokratische Werte an.

Nachdem die CDU/CSU die vorgezogene Bundestagswahl am 23. Februar 2025 trotz des zweitschlechtesten Ergebnisses der Parteigeschichte gewann, stellte die Unionsfraktion am Montag darauf eine Kleine Anfrage im Bundestag, in welcher sie mit insgesamt 551 Fragen die Finanzierung von 17 zivilgesellschaftlichen Organisationen in Frage stellte. Unter diesen Organisationen befanden sich viele, die gegen den Tabubruch der Union protestiert hatten.

Diese Anfrage ist nicht nur ein Versuch der Einschüchterung, sondern folgt einer klaren Strategie: Sie übernimmt Narrative rechtsextremer Akteure, um Stimmung gegen Organisationen zu machen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Die CDU/CSU setzt dabei bewusst auf die Diskreditierung und finanzielle Schwächung der Zivilgesellschaft, indem sie sie als parteiisch und „nicht neutral“ darstellt.

48 bewusst auf die Diskreditierung und finanzielle Schwä-
49 chung der Zivilgesellschaft, indem sie sie als parteisch
50 und „nicht neutral“ darstellt.

51 Unter dem Vorwand, die Chancengleichheit wahren zu
52 wollen, unterstellt die Union den zivilgesellschaftlichen
53 Organisationen eine direkte oder indirekte Wahlkampf-
54 unterstützung und stellt die Förderungen des Bundespro-
55 gramm „Demokratie leben!“ infrage. Durch diese Anfra-
56 ge sowie vorangegangene und nachfolgende Interviews
57 schafft die CDU eine Einschüchterungskulisse, um die Zi-
58 vilgesellschaft von ihrem demokratischen Engagement
59 abzubringen.

60
61 Dies ist kein Einzelfall: Rechtsextreme Netzwerke wie „Ein
62 Prozent“ arbeiten seit Jahren gezielt daran, demokra-
63 tische Organisationen durch Angriffe auf ihre Gemeinnüt-
64 zigkeit politisch und finanziell unter Druck zu setzen.
65 Dabei werden auch Verschwörungsmythen, welche auch
66 bei Donald Trump, Viktor Orban und anderen autoritä-
67 ren Regierungen zu sehen sind, bedient. Es wird von einer
68 „Schattenstruktur, die mit staatlichen Geldern indirekt Po-
69 litik betreibt“ gesprochen und so die Glaubwürdigkeit der
70 zivilgesellschaftlichen Initiativen untergraben. Die Stra-
71 tegie dahinter ist klar: Wer sich gegen Rassismus, An-
72 tisemitismus und Rechtsextremismus engagiert, soll als
73 „links“ und parteisch diffamiert werden, um so demokra-
74 tische Gegenwehr zu schwächen.

75
76 Solche Einschüterungsversuche sind in einem demokra-
77 tischen Staat nicht hinnehmbar!

78
79 In den laufenden Koalitionsverhandlungen und der fol-
80 genden Legislatur des 21. Deutschen Bundestages fordern
81 wir daher eine klare Haltung der SPD-Verhandler*innen zu
82 den Inhalten des SPD-Wahlprogramms und den sozialde-
83 mokratischen Werten:

- 84
85
- 86 • Die Mittel für die anstehende Förderperiode des Pro-
87 gramm „Demokratie leben!“ werden nicht gekürzt
 - 88 • Das Bundesprogramm verbleibt im Familienminis-
89 terium
 - 90 • Längerfristige Förderperioden über eine Legislatur-
91 periode hinaus werden sichergestellt
 - 92 • Die Demokratieförderung des Bundes wird dauer-
93 haft in Gesetzesform verankert
 - 94 • Die Liste der gemeinnützigen Zwecke in der Ab-
95 gabenordnung wird um einen Demokratieförder-
96 zweck und um die Förderung der Grund- und Men-
97 schenrechte erweitert
 - 98 • Es wird im Gemeinnützigkeitsrecht klargestellt,
99 dass sich gemeinnützige Organisationen auch au-
100 ßerhalb ihrer Satzungszwecke zu tagespolitischen

Unter dem Vorwand, die Chancengleichheit wahren zu wollen, unterstellt die Union den zivilgesellschaftlichen Organisationen eine direkte oder indirekte Wahlkampfunterstützung und stellt die Förderungen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ infrage. Durch diese Anfrage sowie vorangegangene und nachfolgende Interviews schafft die CDU eine Einschüchterungskulisse, um die Zivilgesellschaft von ihrem demokratischen Engagement abzubringen.

Dies ist kein Einzelfall: Rechtsextreme Netzwerke wie „Ein Prozent“ arbeiten seit Jahren gezielt daran, demokratische Organisationen durch Angriffe auf ihre Gemeinnützigkeit politisch und finanziell unter Druck zu setzen. Dabei werden auch Verschwörungsmythen, welche auch bei Donald Trump, Viktor Orban und anderen autoritären Regierungen zu sehen sind, bedient. Es wird von einer „Schattenstruktur, die mit staatlichen Geldern indirekt Politik betreibt“ gesprochen und so die Glaubwürdigkeit der zivilgesellschaftlichen Initiativen untergraben. Die Strategie dahinter ist klar: Wer sich gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus engagiert, soll als „links“ und parteisch diffamiert werden, um so demokratische Gegenwehr zu schwächen.

Solche Einschüterungsversuche sind in einem demokratischen Staat nicht hinnehmbar!

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind kein politisches Feindbild – sie sind essenziell für unsere Demokratie. Eine starke Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft. Die SPD muss deshalb entschlossen gegen diese Angriffe Stellung beziehen und sich für eine verlässliche Förderung demokratischer Initiativen einsetzen.

Als Sozialdemokratie ist es unsere Aufgabe, dass der Kampf gegen den Rechtsruck nicht nur eine Formel ist, die wir immer wieder wiederholen. Wir müssen auch zivilgesellschaftliche Organisationen im Kampf gegen Rechts aktiv unterstützen.

Daher fordern wir

- Die Mittel für die anstehende Förderperiode des Programms „Demokratie leben!“ werden nicht gekürzt. Die Projektmittel sollen nicht nur nicht gekürzt, sondern aufgestockt werden
- Längerfristige Förderperioden über eine Legislaturperiode hinaus werden sichergestellt
- Die Demokratieförderung des Bundes wird dauerhaft im Demokratiefördergesetz verankert
- Die Liste der gemeinnützigen Zwecke in der Abgabenordnung wird um einen Demokratieförder-

101	Themen äußern, können.	
102	• Die SPD stellt sich allen Einschüchterungsversuchen der Zivilgesellschaft entgegen, dies gilt insbesondere für die kritische Zivilgesellschaft.	
103		
104		
105		
106	Zivilgesellschaftliche Organisationen sind kein politisches	
107	Feindbild – sie sind essenziell für unsere Demokratie. Eine	
108	starke Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft.	
109	Die SPD muss deshalb entschlossen gegen diese Angriffe	
110	Stellung beziehen und sich für eine verlässliche Förderung	
111	demokratischer Initiativen einsetzen.	
112		
113	Solche Einschüchterungsversuche sind nicht hinnehmbar!	
114		
115	Wir fordern daher:	
116		
117	• Die Mittel für die anstehende Förderperiode des Pro-	
118	gramms „Demokratie leben!“ werden nicht gekürzt.	
119	Die Projektmittel sollen nicht nur nicht gekürzt, son-	
120	dern aufgestockt werden	
121	• Längerfristige Förderperioden über eine Legislatur-	
122	periode hinaus werden sichergestellt	
123	• Die Demokratieförderung des Bundes wird dauer-	
124	haft im Demokratiefördergesetz verankert	
125	• Die Liste der gemeinnützigen Zwecke in der Ab-	
126	gabenordnung wird um einen Demokratieförder-	
127	zweck und um die Förderung der Grund- und Men-	
128	schenrechte erweitert	
129	• Es ist öffentlich klarzustellen, dass sich gemeinnüt-	
130	zige Organisationen auch außerhalb ihrer Satzungs-	
131	zwecke zu tagespolitischen Themen äußern können	
132		